Monitor Familienleben 2013

Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie

Kernergebnisse

In der politischen Agenda der deutschen Bevölkerung rangieren familienpolitische Anliegen unverändert unter den wichtigsten Zielen. Als Ideal der Familienpolitik steht der großen Mehrheit dabei die differenzierte Unterstützung der unterschiedlichen Familien vor Augen. Nur eine Minderheit der Bevölkerung misst den Erfolg der Familienpolitik allein an der Entwicklung der Geburtenrate. Die zur Unterstützung benutzten Einzelleistungen der Familienförderung werden von den allermeisten Nutzern als hilfreiche Unterstützung in bestimmten Lebenssituationen gesehen. So wird etwa das Elterngeld von 87 Prozent der Bezieher als wichtige Hilfe für die Familie empfunden.

Vorrangiges familienpolitisches Anliegen bleibt für die Bevölkerung eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; 74 Prozent nennen die Verbesserung der Vereinbarkeit als wichtiges Ziel der Familienpolitik. Besonderes Gewicht wird daneben auf die Förderung von Kindern gelegt. Als wirksame Hilfe zur Verbesserung der Bildungs- und Aufstiegschancen von Kindern gilt – zusammen mit einer guten Schulbildung – die frühzeitige Förderung der Kinder im Rahmen einer Betreuung. Auch deshalb steht die Bevölkerung dem Ausbau der Betreuungsangebote für kleine Kinder seit langem positiv gegenüber. Den Anfang August 2013 in Kraft getretenen Rechtsanspruch auf die Betreuung von Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr befürworten 73 Prozent der Bevölkerung.

Zustimmung findet die Kinderbetreuung sowohl als Förderinstrument wie auch als Unterstützung der Berufstätigkeit von Müttern und Vätern. Für Eltern von Schulkindern geht es dabei vor allem um mehr verlässliche Ganztagsangebote für ihre Kinder.

Viele Eltern fänden dazu eine Nachmittagsbetreuung an der Schule ideal, ein Teil der Eltern denkt eher an Schulen mit Ganztagsunterricht.

Die Kinderwünsche haben zugenommen: Unter den jüngeren Kinderlosen wuchs der Anteil der Personen mit Kinderwunsch seit 2008 von 73 auf 83 Prozent. Zugleich sehen die Jüngeren weniger Hindernisse und Voraussetzungen für die Geburt von Kindern. Deutlich verringerten sich Besorgnisse über die Einkommenssituation der Familie nach der Geburt eines Kindes, wenn meist die Mutter ihre Berufstätigkeit zur Betreuung unterbricht.

Das sind Kernergebnisse der sechsten Welle des „Monitors Familienleben". Im Auftrag des BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND ermittelt die Studie regelmäßig die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Familie und zur Familienpolitik. Die Untersuchung stützt sich auf die mündlich-persönliche Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe von 1.762 Personen im April 2013.

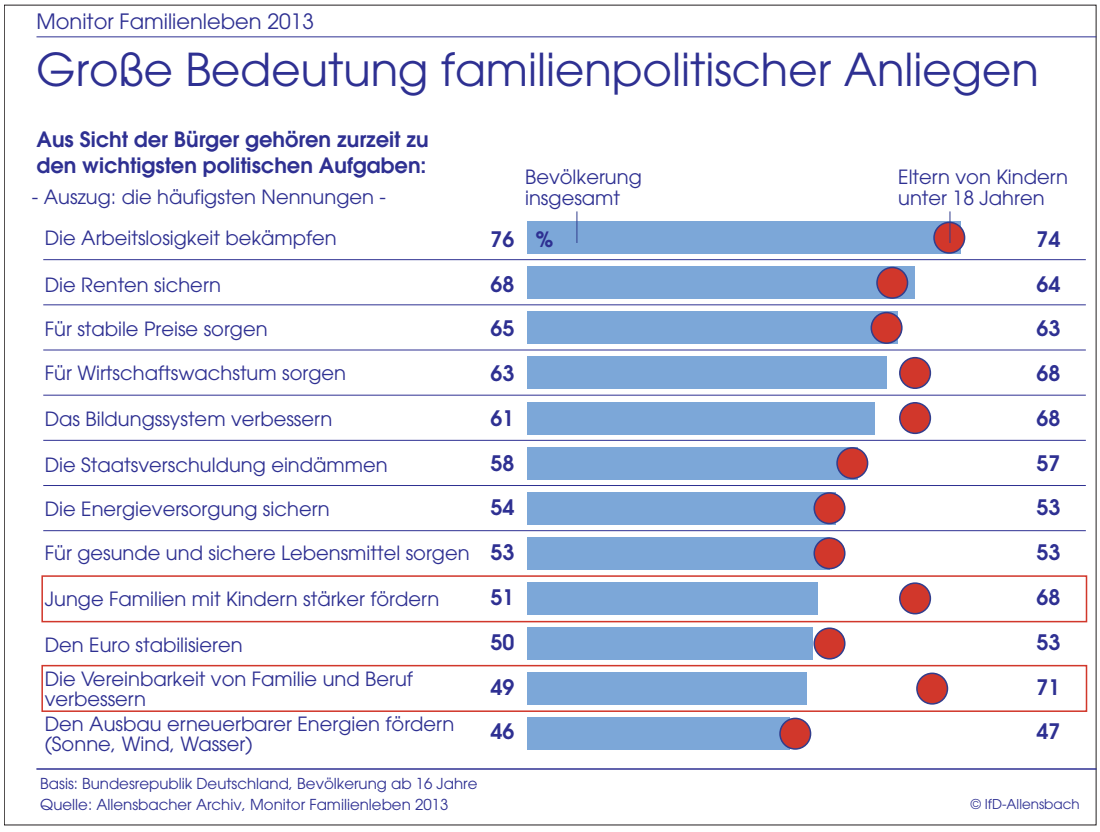
Ergebnisse im Detail

Stellenwert und Ziele der Familienpolitik

Ähnlich wie in den Vorjahren zählen 51 Prozent der Gesamtbevölkerung die stärkere Förderung von jungen Familien mit Kindern zu den wichtigsten allgemeinen politischen Aufgaben zur Sicherung einer guten Zukunft. 49 Prozent nennen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 42 Prozent die Verbesserung der Voraussetzungen für die Erfüllung von Kinderwünschen und 36 Prozent eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Die Anteile jener, die familienpolitische Ziele als wichtige politische Zukunftsaufgaben betrachten, haben sich seit 2008 kaum verändert. Bei anderen politischen Zielen, wie z.B. beim Klimaschutz, wirken sich tagesaktuelle Entwicklungen ungleich stärker aus (Schaubild 1).

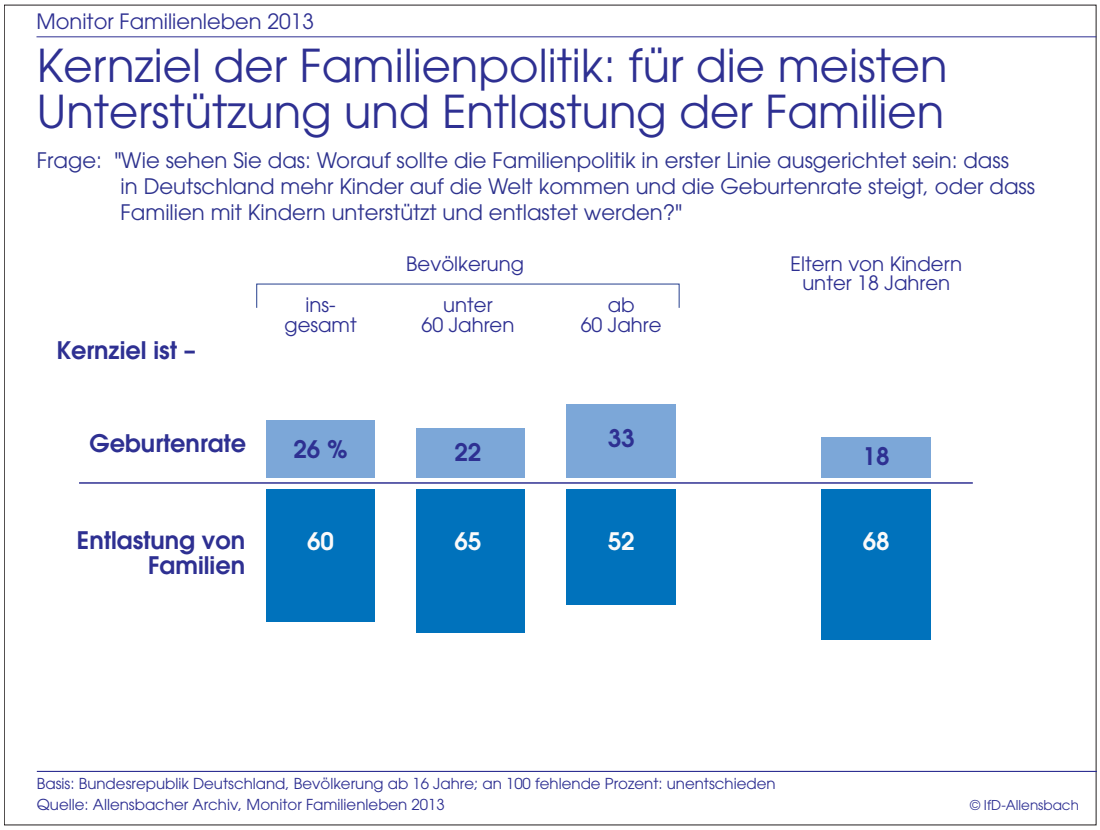
Schaubild 1



Die unterschiedlichen Maßnahmen der Familienpolitik sollen nach Ansicht der Bevölkerung nicht das alleinige Leitziel einer Steigerung der Geburtenrate verfolgen, das in der öffentlichen Diskussion zuweilen zum einzigen Bewertungsmaßstab familienpolitischer Erfolge gemacht wird. Weitaus eher erwarten die Bürger von der Familienpolitik eine Entlastung und Unterstützung der Familien.

Angesichts der – hier zu Untersuchungszwecken einander gegenübergestellten – Alternativen einer Steigerung der Geburtenrate einerseits und einer Entlastung von Familien andererseits optieren gerade einmal 26 Prozent der Gesamtbevölkerung für die Steigerung der Geburtenrate als Ziel der Familienpolitik, aber 60 Prozent für die Unterstützung und Entlastung der Familien mit Kindern. Noch eindeutiger fallen die Präferenzen der Eltern von minderjährigen Kindern aus; von ihnen sehen über zwei Drittel die Hauptaufgabe der Familienpolitik in der Unterstützung und Entlastung der Familien (Schaubild 2).

Schaubild 2



Dementsprechend werden vielfältige Hilfs- und Unterstützungsaufgaben für die Familienpolitik wahrgenommen. Obenan auf der Liste steht wiederum die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: 74 Prozent der Gesamtbevölkerung und 81 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern sehen in diesem Bereich weiteren Handlungsbedarf für die Familienpolitiker, von den Alleinerziehenden sogar 87 Prozent.

Signifikant zugenommen haben seit dem Vorjahr die Wünsche nach einer besseren Förderung von Kindern aus bedürftigen Familien. Vor dem Hintergrund der lebhaften öffentlichen Debatte um Chancengerechtigkeit bei die Entwicklung von Kindern sehen jetzt 63 Prozent besonderen Handlungsbedarf für die Verwirklichung dieses Ziels (Vorjahr 56 Prozent).

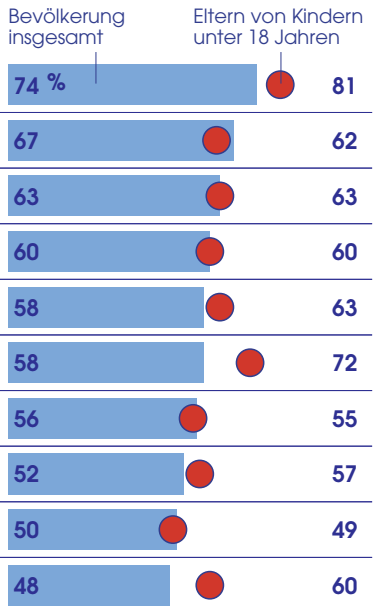
Einen weiteren Ausbau der Betreuungsangebote befürwortet mehr als die Hälfte der Bevölkerung: 56 Prozent sprechen sich für mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren aus, 50 Prozent der Bevölkerung wünschen sich mehr Plätze für Kinder ab 3 Jahren, insbesondere durch mehr Ganztagsbetreuung.

Für eine weitergehende Entlastung von Familien bei der Steuer plädieren 58 Prozent der Gesamtbevölkerung, für eine stärkere finanzielle Förderung von Familien 48 Prozent. Dabei hat die steuerliche und finanzielle Förderung der Familien für Eltern besonderen Stellenwert: Von den Eltern minderjähriger Kinder befürworten 72 Prozent eine bessere steuerliche und 60 Prozent eine stärkere finanzielle Förderung von Familien, z.B. durch eine Erhöhung des Kindergelds. Damit rangieren diese Ziele für die Eltern auf der Prioritätenliste weitaus höher als für den Rest der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang spielt auch der Erhalt des Elterngelds für viele eine Rolle: 52 Prozent der Bevölkerung und 57 Prozent der Eltern erwarten von einem Familienpolitiker Einsatz für den Erhalt des Elterngelds (Schaubild 3).

Monitor Familienleben 2013

Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt die wichtigste Aufgabe der Familienpolitik

Da sollten die Schwerpunkte der Familienpolitik liegen:
- Top 10 -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zwei Drittel der Bevölkerung haben den Eindruck, dass Familie und Beruf in Deutschland nicht gut zusammenpassen. Besonders kritisch wird die Vereinbarkeit von den Müttern minderjähriger Kinder gesehen, die selbst über die größte Erfahrung mit Berufsunterbrechungen, der Berufsrückkehr nach der Elternzeit und kurzfristigen Betreuungsproblemen verfügen oder solche Probleme doch am ehesten aus ihrem Umfeld kennen. Von ihnen bewerten 75 Prozent die Vereinbarkeit als nicht so gut (Schaubild 4).

Schaubild 4

Monitor Familienleben 2013

Wahrgenommene Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Lassen sich bei uns in Deutschland Familie und Beruf alles in allem gut miteinander vereinbaren, oder nicht so gut?"

	Bevölkerung insgesamt	Eltern von Kindern unter 18 Jahren		
		insgesamt	Väter	Mütter
	%	%	%	%
Lassen sich gut vereinbaren	**17**	**17**	**22**	**13**
Nicht so gut	**66**	**70**	**65**	**75**
Unentschieden, weiß nicht	**17**	**13**	**13**	**12**
	100	*100*	*100*	*100*

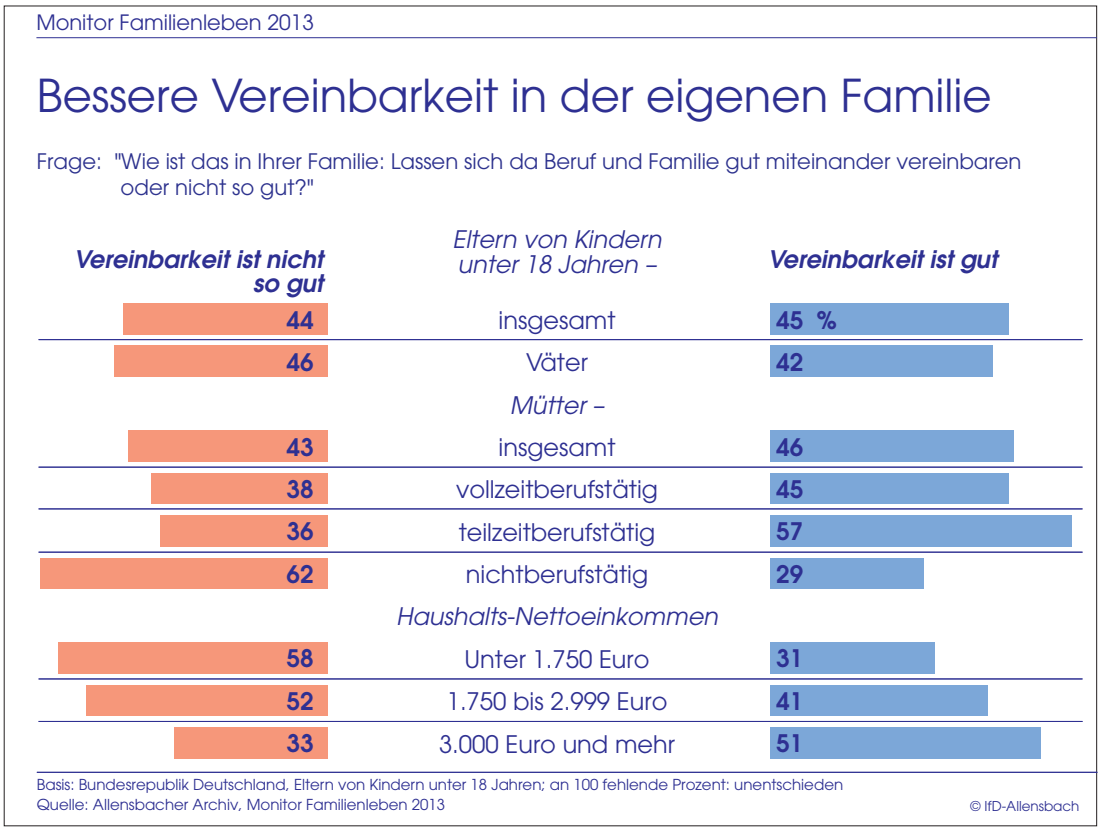
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach

Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der eigenen Familie stellen Eltern dagegen ein besseres Zeugnis aus: Etwa gleich große Gruppen der Eltern mit minderjährigen Kindern bewerten sie als gut (45 Prozent) wie als nicht so gut (44 Prozent); 11 Prozent bleiben unentschieden. Wie schon bei früheren Ermittlungen berichten am

häufigsten teilzeitberufstätige Mütter über eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die meisten Probleme mit der Vereinbarkeit haben nichtberufstätige Mütter, von denen – nach der Ermittlung im Monitor Familienleben 2012 – 59 Prozent gern berufstätig wären. Indirekt, durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der Mütter, eröffnet eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf vielen Familien erkennbar auch die Möglichkeit, höhere Einkommen zu erzielen (Schaubild 5).

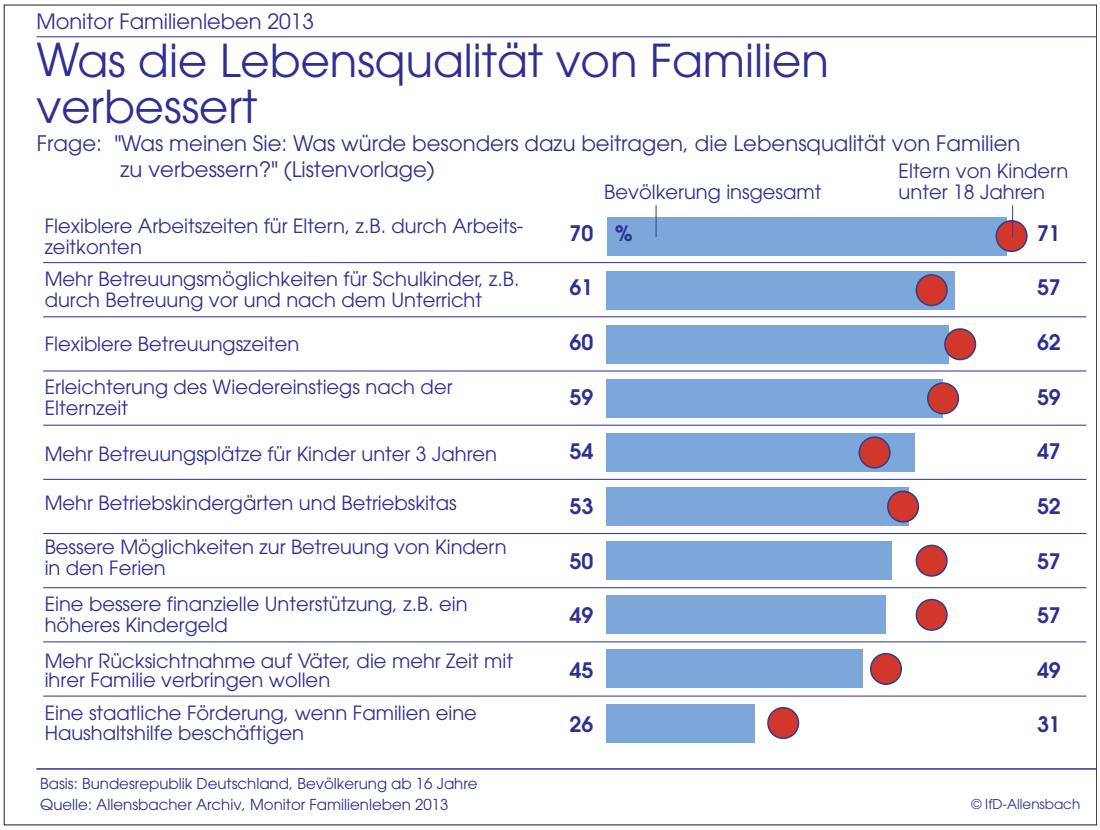
Schaubild 5



Lebensqualität in der Familie

Eine Verbesserung der Lebensqualität von Familien erwartet die Bevölkerung besonders durch Maßnahmen, die auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Vorrangig genannt werden dazu flexiblere Arbeitszeiten für Eltern, z.B. durch Arbeitszeitkonten (70 Prozent). Die meisten führen allerdings gleich mehrere mögliche Verbesserungen an, die nach ihrer Ansicht geeignet wären, Müttern, Vätern und Kindern das Leben zu erleichtern. Häufig genannt werden auch Flexibilisierungen und Verbesserungen des Betreuungsangebotes durch mehr Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder (61 Prozent) sowie für Kinder unter 3 Jahren (54 Prozent) und flexiblere Betreuungszeiten (60 Prozent, Schaubild 6).

Schaubild 6



Etwa die Hälfte der Bevölkerung nennt eine bessere finanzielle Unterstützung der Familien, z.B. durch mehr Kindergeld, als hilfreich für die Lebensqualität (49 Pro-

zent); noch deutlich häufiger wird die finanzielle Unterstützung von den Eltern selbst angeführt (57 Prozent).

Eine Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen steht etwa einem Viertel der Bevölkerung vor Augen; 26 Prozent erwarten Verbesserungen der Lebensqualität von Familien durch eine staatliche Förderung von Haushaltshilfen für Familien. Mehr Resonanz findet der Vorschlag bei vollzeitberufstätigen Müttern, Alleinerziehenden und Eltern von Kindern unter 6 Jahren.

Kinderbetreuung

Anfang August 2013 trat der Rechtsanspruch für die Betreuung von kleinen Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft. Durch den vorangegangenen Ausbau der Betreuungsangebote stehen derzeit nach den Meldungen der Bundesländer rund 713.000 Plätze für die unter-3-jährigen Kinder bereit; im laufenden Kita-Jahr 2013/2014 sollen noch einmal rund 100.000 weitere Plätze hinzukommen.[1]

Damit dürfte sich die noch im Monitor Familienleben 2012 gemessene verbreitete Skepsis gegenüber dem Erreichen der Ausbauziele[2] im Wesentlichen als unbegründet erweisen. Um diese Skepsis zu verstehen, muss man sich daran erinnern, dass 2006, vor Beginn des Betreuungsausbaus, erst rund 270.000 Kinder unter 3 Jahren an der Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege teilnahmen.[3]

Die Bevölkerung befürwortet den Ausbau der Kleinkinderbetreuung seit Jahren mit großer Mehrheit. So bewerteten im Vorjahr 75 Prozent der Bevölkerung den Betreu-

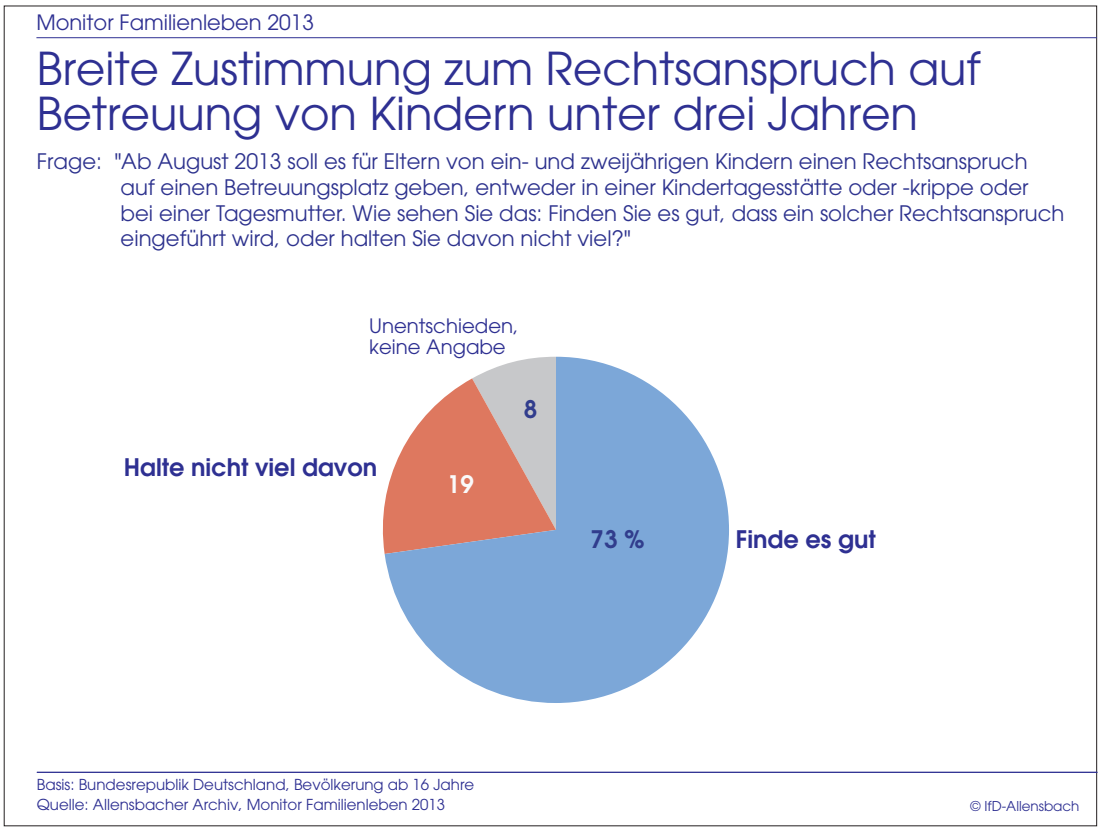
[1] *BMFSFJ: Pressemitteilung Nr. 65/2013, vom 11.07.2013.*

[2] *Institut für Demoskopie Allensbach: Monitor Familienleben 2013. Berichtsband. Schaubild 8.*

[3] *Deutsches Jugendinstitut: Zahlenspiegel 2007. Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik. München 2007. S.16.*

ungsausbau als gute Sache.[4] Zusammen mit der grundsätzlichen Zustimmung zum Ausbau wird auch der Rechtsanspruch auf Betreuung befürwortet, der vor allem in der intensiven Phase vor Einführung des Rechtsanspruchs für besondere Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden sorgte. Eine Mehrheit von annähernd drei Vierteln der Bevölkerung findet diesen Rechtsanspruch gut (73 Prozent); 19 Prozent halten nicht viel davon (Schaubild 7).

Schaubild 7

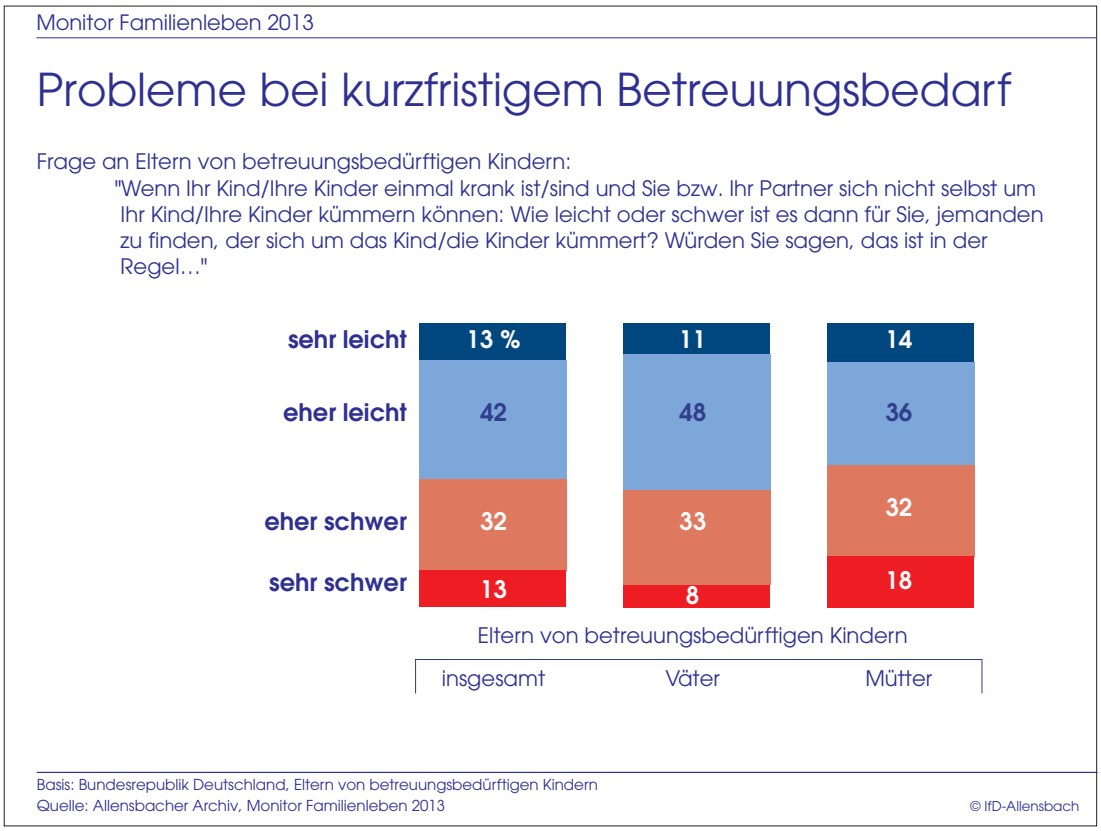


[4] *Institut für Demoskopie Allensbach: Monitor Familienleben 2013. Berichtsband. Schaubild 7.*

Betreuungsprobleme und Unterstützung

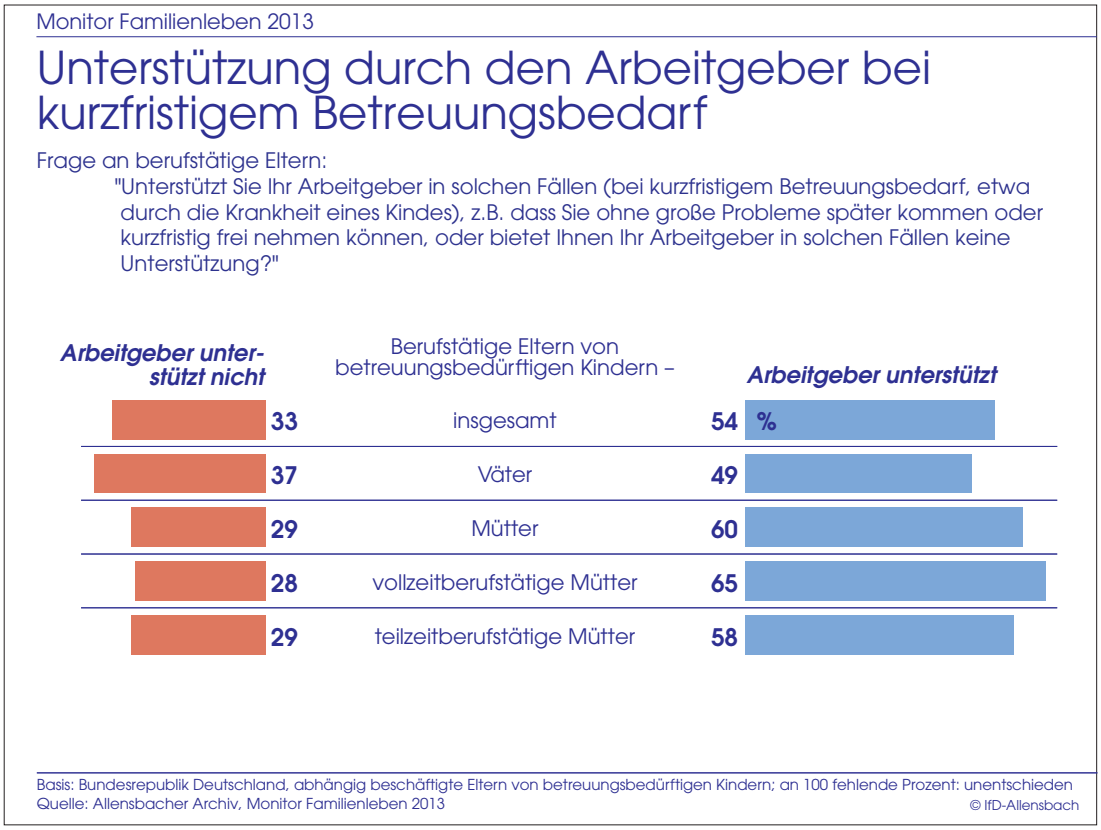
Betreuungsprobleme ergeben sich für Eltern kleinerer Kinder nicht allein durch das Fehlen von Plätzen in Einrichtungen und in der Tagespflege. Gerade berufstätige Mütter und Väter erleben häufig kurzfristige Betreuungsengpässe, etwa durch die Krankheit von Kindern oder auch der Tagesmutter bzw. des Tagesvaters. Meist stehen dann die Mütter vor der Aufgabe, entweder selbst kurzfristig vom Arbeitsplatz zum Kind zu eilen oder jemanden zu finden, der sich um das Kind kümmert. Die Hälfte der Mütter von betreuungsbedürftigen Kindern gerät in einer solchen Situation in Schwierigkeiten. Fast jeder Fünften (18 Prozent) fällt es dann sogar sehr schwer, eine Betreuung bzw. eine Pflege zu organisieren. Von den vollzeitberufstätigen Müttern haben sogar 23 Prozent größere Probleme damit (Schaubild 8).

Schaubild 8



Bei ihren Arbeitgebern trifft der größere Teil der berufstätigen Eltern bei solchen Betreuungsengpässen inzwischen auf Verständnis. Viele können dann ohne größere Probleme später zur Arbeit kommen oder kurzfristig frei nehmen. 54 Prozent der berufstätigen Eltern von betreuungsbedürftigen Kindern berichten über eine solche Rücksichtnahme im Betrieb. Allerdings hat ein Drittel der berufstätigen Eltern den Eindruck, dass seine Arbeitgeber kein Verständnis für solche besonderen Erfordernisse aufbringen würden. Am häufigsten berichten vollzeitberufstätige Mütter über ein Entgegenkommen ihrer Arbeitgeber (Schaubild 9).

Schaubild 9

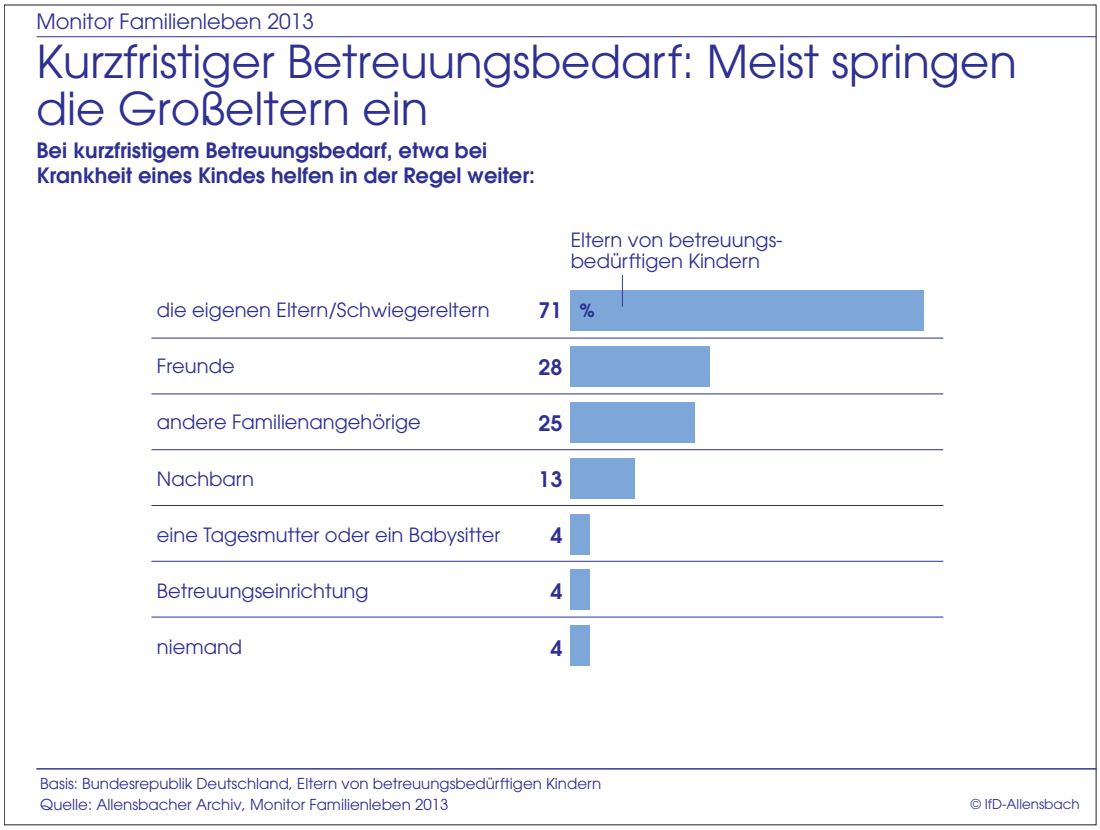


Ersthelfer bei der Betreuung sind häufig die eigenen Eltern oder Schwiegereltern. 71 Prozent der Mütter und Väter von betreuungsbedürftigen Kindern berichten über einen solchen Einsatz der älteren Generation, meist der eigenen Mütter oder Schwiegermütter. Andere Familienangehörige (25 Prozent), Freunde (28 Prozent) oder

Nachbarn (13 Prozent) sind häufig ebenfalls berufstätig und können deshalb weniger leicht solche Betreuungsaufgaben übernehmen als die Älteren.

Professionelle Betreuung durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater (4 Prozent) oder auch eine Notfallbetreuung in einer Betreuungseinrichtung (4 Prozent) nutzen dagegen vorerst nur wenige Eltern, um Betreuungsengpässe zu überwinden (Schaubild 10).

Schaubild 10



Für Eltern von Schulkindern entstehen Betreuungsprobleme nicht selten durch die Notwendigkeit, den Schulstoff daheim noch einmal mit den Kindern zu wiederholen und ihnen bei den Hausaufgaben zu helfen. Nur 37 Prozent der Eltern von Schulkindern geben an, dass ihren Kindern bereits der Schulunterricht für das Verstehen des Lernstoffes und der gestellten Aufgaben ausreiche. 59 Prozent berichten über die Notwendigkeit, Stoff und Aufgaben nach dem Unterricht zunächst noch einmal zu

erklären. Als Teil einer idealen Betreuung betrachten viele deshalb eine Hausaufgabenbetreuung für ihre Kinder, etwa im Rahmen von schulischen Ganztagsangeboten.

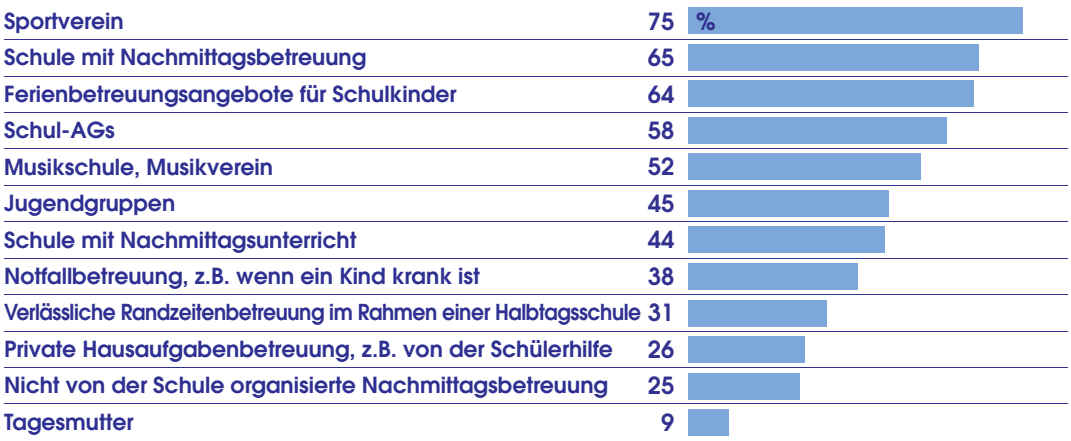
Als ideale Betreuungs- und Förderungsinfrastruktur sehen die meisten Eltern von Schulkindern unter 14 Jahren dementsprechend nicht nur Sportvereine (75 Prozent), Musikschulen (52 Prozent) oder Jugendgruppen (45 Prozent). Rund zwei Drittel dieser Mütter und Väter fänden es ideal, wenn ihre Kinder auch Nachmittagsbetreuung in der Schule nutzen könnten (65 Prozent), etwa in der Form von Schul-AGs (58 Prozent), und wenn es zudem genügend Möglichkeiten zur Ferienbetreuung der Schulkinder gäbe (64 Prozent). Schulen mit Nachmittagsunterricht zählen 44 Prozent zu einer idealen Betreuungslandschaft, eine Betreuung für Notfälle wie die Krankheit eines Kindes 38 Prozent (Schaubild 11).

Schaubild 11

Monitor Familienleben 2013

Die ideale Betreuungsinfrastruktur aus der Sicht der Eltern

Frage: "Einmal unabhängig davon, welche Angebote Sie bereits nutzen und welche Ihnen zur Verfügung stehen: Aus welchen dieser Angebote würde sich eine ideale Betreuung bzw. Förderung Ihres Kindes zusammensetzen, was würden Sie sich für Ihr Kind wünschen?"

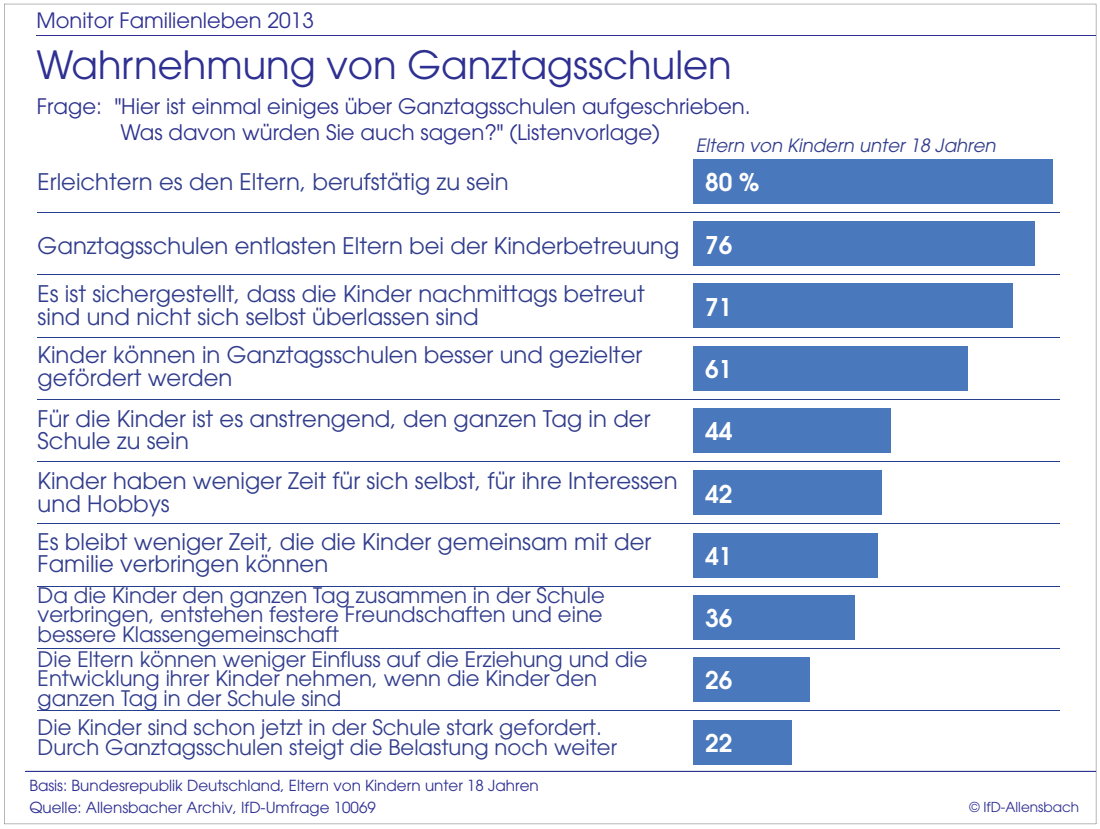


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern, deren jüngstes Kind zwischen 6 und 13 Jahre und schulpflichtig ist
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6200

© IfD-Allensbach

Schulen mit solchen Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung werden an erster Stelle als Erleichterung für die Berufstätigkeit von Eltern (80 Prozent der Eltern) und als Entlastung bei der Betreuung (76 Prozent) wahrgenommen. Annähernd zwei Drittel der Eltern verweisen zugleich auf die Möglichkeit, die Kinder in einer solchen Schule besser und gezielter zu fördern (61 Prozent). Allerdings werden auch Nachteile gesehen, insbesondere dass die Kinder weniger Zeit für ihre Interessen und Hobbys wie auch für das Zusammensein mit der Familie haben (42 bzw. 41 Prozent). 44 Prozent der Eltern bewerten die Ganztagsanwesenheit in der Schule als anstrengend für die Kinder, als besondere Belastung stufen 22 Prozent die Ganztagsschulen ein. (Schaubild 12).

Schaubild 12



Bewertungen der Familienförderung

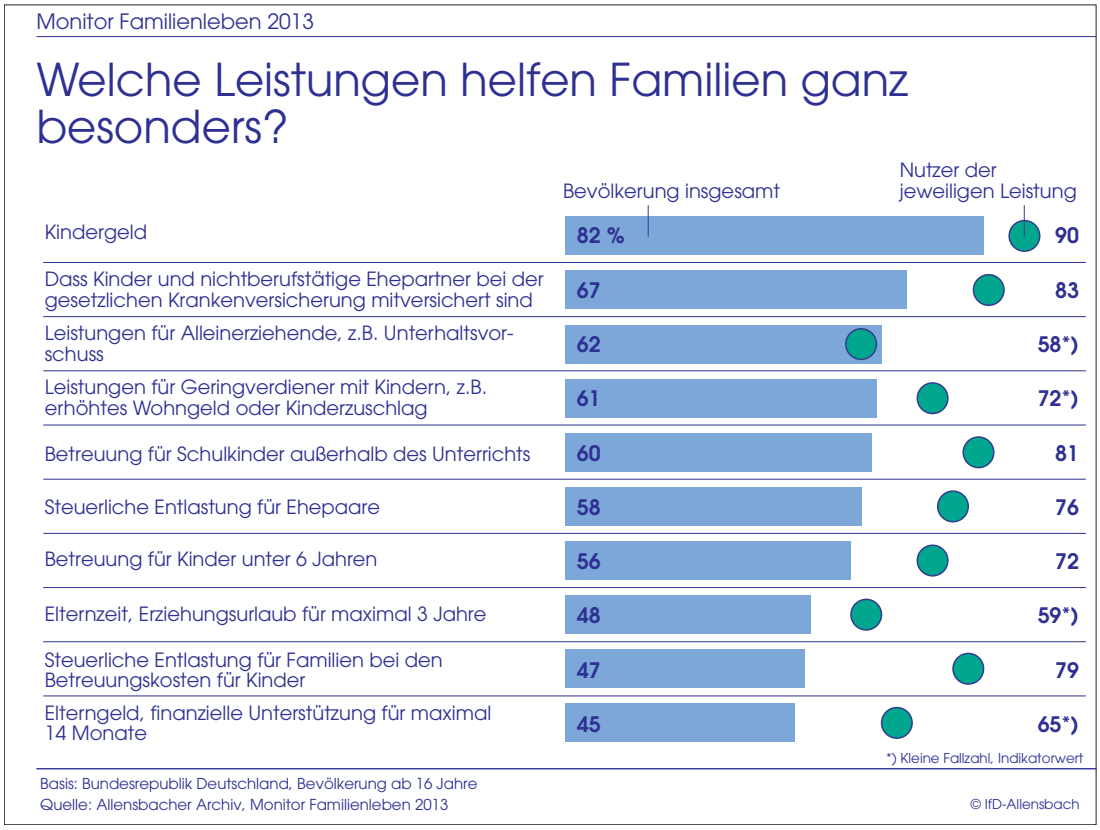
Die einzelnen Leistungen der staatlichen Familienförderung werden von großen Teilen der Bevölkerung positiv bewertet. Auf die Frage, welche von 10 aufgelisteten Leistungen des Staates man als besonders hilfreich für die Familien betrachtet, werden im Durchschnitt gleich 6 einzelne Leistungen genannt. Lediglich 4 Prozent der Befragten nennen nicht mehr als eine einzelne Leistung.

Die größte Zustimmung findet das Kindergeld; 82 Prozent der Bevölkerung stufen es als besonders wirksame Unterstützung für die Familien ein. Jeweils mehr als 60 Prozent sehen ähnlich positive Wirkungen durch die Mitversicherung von Kindern und nichtberufstätigen Ehepartnern bei der gesetzlichen Krankenversicherung (67 Prozent), die Leistungen für Alleinerziehende (62 Prozent) und die Leistungen für Geringverdiener (61 Prozent).

Einen ausnehmend guten Eindruck von der Wirkung der Leistungen haben in der Regel die jeweiligen Nutzer und Bezieher[5]. So betrachten z.B. 90 Prozent der Nutzer des Kindergelds das Kindergeld als besonders wirksame Hilfe für Familien. Ähnlich positiv wird die Mitversicherung von Kindern und nichtberufstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung gesehen (hilfreich: 83 Prozent) sowie die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern (81 Prozent). Von den Beziehern des Elterngelds bewerten rund zwei Drittel der Nutzer die Leistung als besonders wirksam (Schaubild 13).

[5] *Als Nutzer sowie als Bezieher von Leistungen wurden in Schaubild 13 wie 14 nicht allein die Bezieher im rechtlichen Sinne ausgewiesen, sondern zugleich auch deren Partnerinnen und Partner sowie deren erwachsene Kinder, sofern sie im Haushalt leben. Dieser Ansatz beruht auf dem Ergebnis der Akzeptanzanalysen der familienbezogenen Leistungen, dass Familienleistungen wie z.B. das Kindergeld nicht allein denjenigen zugute kommen, die als Antragsteller fungieren, sondern der gesamten Familie. Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5276 und 6119.*

Schaubild 13



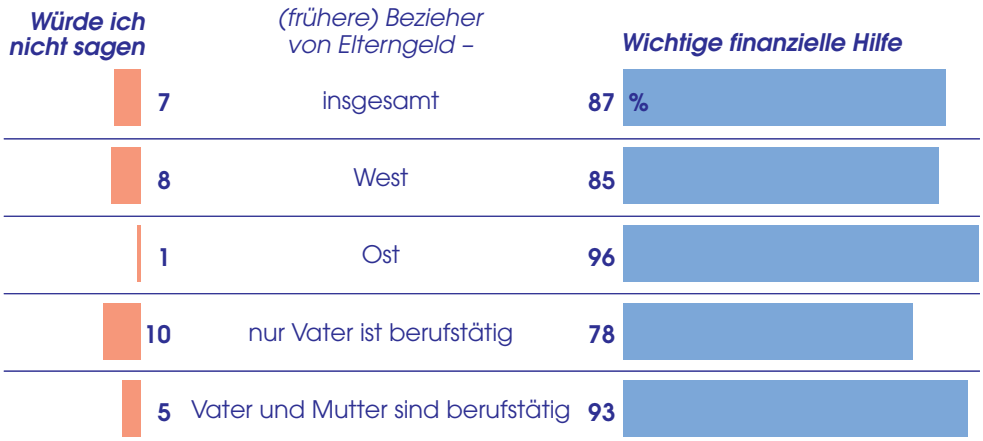
Noch einmal deutlich besser fallen die Bewertungen der Bezieher von Elterngeld aus, wenn nicht nach der allgemein angenommenen Wirksamkeit des Elterngelds im Tableau unterschiedlicher Leistungen gefragt wird, sondern nach der konkret erfahrenen Wirkung des Elterngelds. Von den aktuellen und früheren Beziehern des Elterngelds erklären darauf 87 Prozent, dass diese Unterstützung in der ersten Zeit nach der Geburt ihrer Kinder für ihre eigene Familie eine wichtige finanzielle Hilfe (gewesen) sei. Besonders positiv urteilen Mütter und Väter in Familien, in denen auch die Mütter erwerbstätig sind und in denen die Berufsunterbrechung der Mutter ohne Elterngeld einen weitaus größeren finanziellen Einbruch bedeutet hätte (Schaubild 14).

Schaubild 14

Monitor Familienleben 2013

Elterngeld: für die meisten Bezieher eine wichtige Hilfe

Frage an (frühere) Bezieher von Elterngeld:
"Wie war bzw. ist das bei Ihnen: Ist das Elterngeld in der ersten Zeit nach der Geburt des Kindes eine wichtige finanzielle Hilfe, oder würden Sie das nicht sagen?"

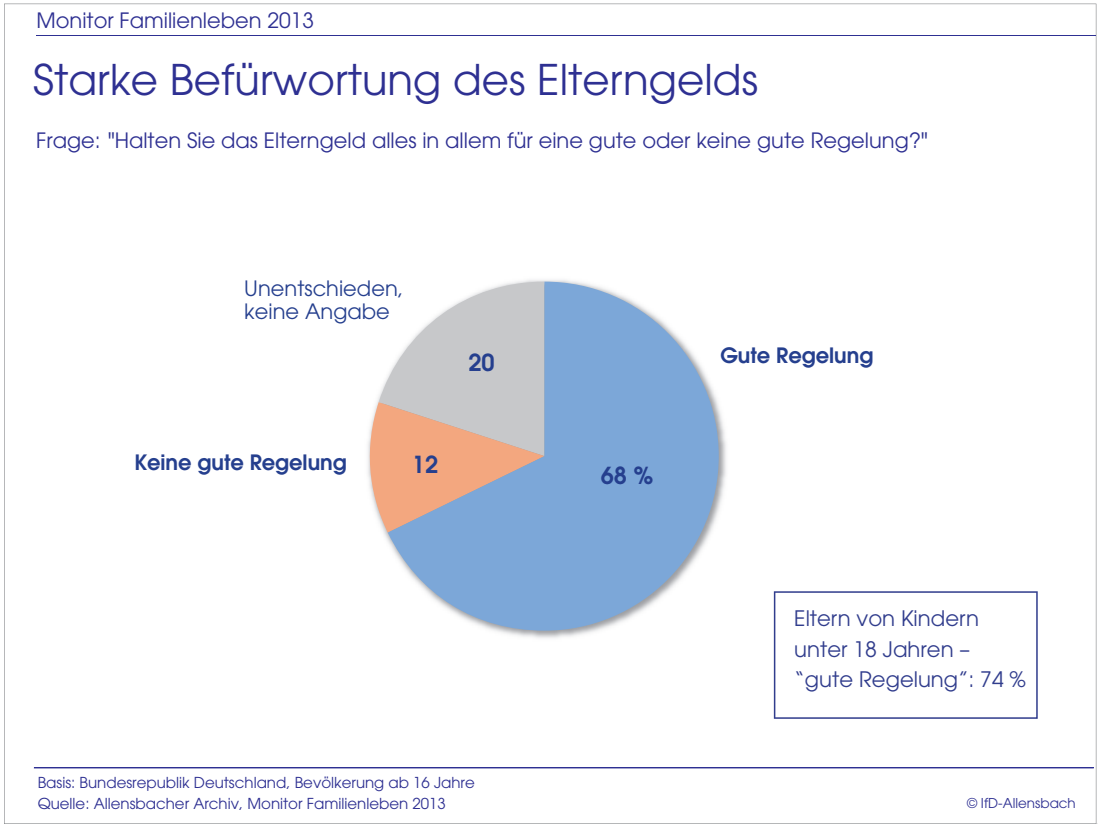


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit Kindern unter 8 Jahren, die Elterngeld bekommen (haben);
an 100 fehlende Prozent: unentschieden
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach

Grundsätzlich wird das Elterngeld 2013 von einer Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung befürwortet: 68 Prozent halten es für eine gute Regelung. Der Anteil der Kritiker verringerte sich seit dem Vorjahr von 14 auf 12 Prozent. Überdurchschnittlich groß ist die Zustimmung in Familien mit minderjährigen Kindern; von diesen Müttern und Vätern befürworten das Elterngeld 74 Prozent (Schaubild 15). Zugleich ist eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung davon überzeugt, dass die meisten Eltern in der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes auf Unterstützung durch das Elterngeld angewiesen sind (67 Prozent). Nur 12 Prozent haben den Eindruck, dass die meisten jungen Eltern in dieser Phase auch ohne das Elterngeld gut zurechtkommen würden.

Schaubild 15



Die Familienförderung der Bundesregierung verfolgt das Konzept, die Familien durch bessere finanzielle Förderung, durch mehr und bessere Betreuungsmöglichkeit sowie durch mehr Zeit für das Familienleben im Zusammenhang mit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Im Rahmen der Monitor-Umfrage wurde jetzt ermittelt, welche dieser Unterstützungen von den Eltern vorgezogen wird. Gefragt wurde, ob man sich am ehesten eine bessere finanzielle Unterstützung durch den Staat wünschen würde, ein besseres Betreuungsangebot oder mehr Zeit für das Familienleben, auch wenn das eine Verringerung des Haushaltseinkommens bedeuten würde.

Auf diese Frage entscheiden sich 38 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern für eine bessere finanzielle Förderung. 22 Prozent ziehen einen Ausbau der Betreuungsangebote vor, 32 Prozent mehr Zeit als Familie, auch um den Preis eines verringerten Einkommens. 14 Prozent der Eltern bleiben unentschieden.

Dabei wirkt sich das Haushaltseinkommen deutlich aus. Eltern mit kleinen Einkommen präferieren klar mehr finanzielle Förderung (58 Prozent), Eltern mit höheren Einkommen mehr Zeit für die Familie, auch wenn das Einkommen dadurch sinken sollte (41 Prozent). Unter jenen, die sich vor allem bessere Betreuungsmöglichkeiten wünschen, finden sich überdurchschnittlich viele nichtberufstätige oder teilzeitberufstätige Mütter, deren Erwerbsmöglichkeiten sich durch eine Betreuung ihrer Kinder verbessern würden (Schaubild 16).

Schaubild 16

Monitor Familienleben 2013

Unterschiedliche Präferenzen von Eltern aus verschiedenen Einkommensschichten

Frage an Eltern von Kindern unter 18 Jahren:
"Was würden Sie sich in Ihrer jetzigen Situation am meisten wünschen: eine bessere finanzielle Unterstützung durch den Staat, ein besseres Betreuungsangebot, oder mehr Zeit, die Sie als Familie zusammen verbringen können, auch wenn dadurch Ihr Haushaltseinkommen sinken würde?" (Mehrfachnennungen möglich)

	Eltern von Kindern unter 18 Jahren			
	insgesamt	Haushalts-Nettoeinkommen		
		Unter 1.750 Euro	1.750 bis 2.999 Euro	3.000 Euro und mehr
	%	%	%	%
Bessere finanzielle Unterstützung	**38**	**58**	**45**	**24**
Bessere Betreuungsangebote	**22**	**24**	**22**	**24**
Mehr Zeit als Familie	**32**	**23**	**27**	**41**
Unentschieden, weiß nicht	**14**	**10**	**12**	**14**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 18 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach

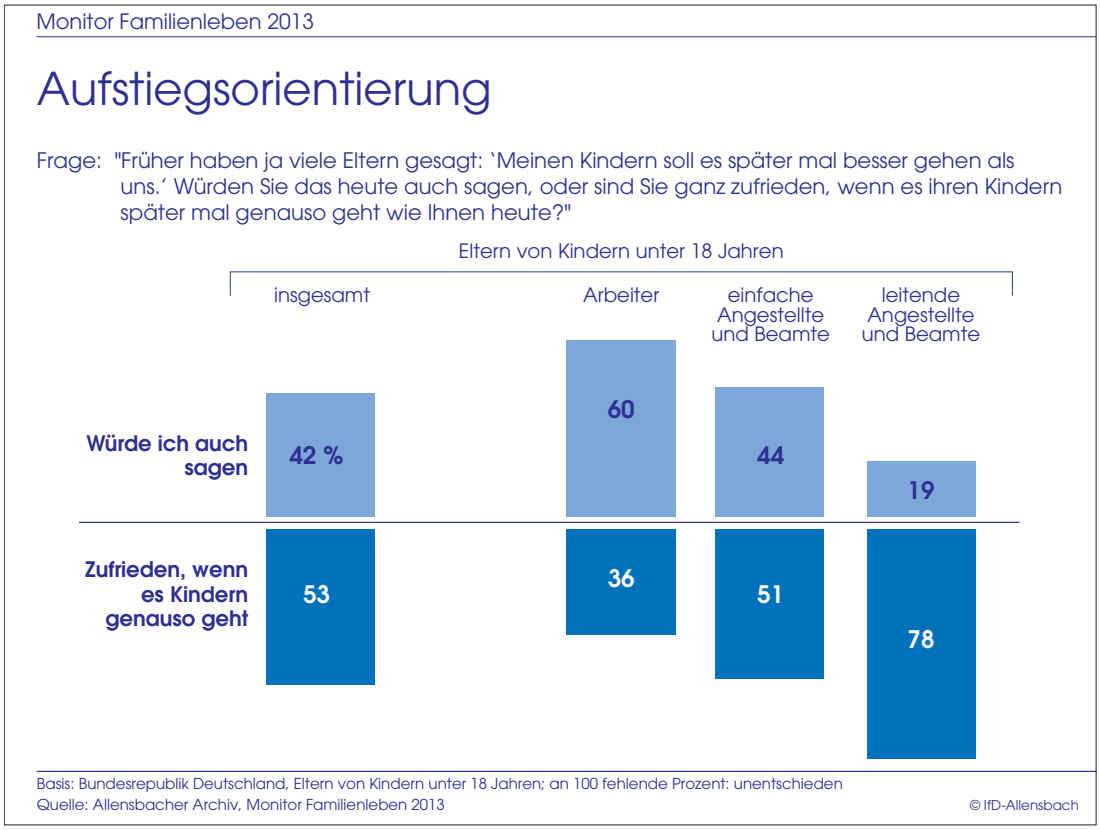
Die Ergebnisse bestätigen erneut, dass alle drei Schwerpunkte notwendig sind und dass die Familien unterschiedliche Unterstützungen benötigen. Hinter den Antworten leuchtet also wiederum das Ideal einer Familienförderung als differenzierter Unterstützung für ein breites Spektrum von Familien auf.

Förderung und Bildung von Kindern

Viele Eltern wünschen ihren Kindern bessere Lebensbedingungen und mehr Erfolg, als ihnen selbst beschieden waren. Insbesondere Eltern mit einfachen Bildungsabschlüssen und geringeren Einkommen hegen solchen Wünsche. Hier denken viele in Generationen: Die von den Eltern erlebte Aufwärtsentwicklung bzw. der von den Eltern begonnene Aufstieg soll von den Kindern fortgesetzt werden.

So schließen sich 60 Prozent der Arbeiter der Aussage an: „Meinen Kindern soll es später einmal besser gehen als uns.“ Nur 36 Prozent der Arbeiter wären zufrieden, wenn es ihren Kindern später einmal ebenso ginge wie ihnen (Schaubild 17).

Schaubild 17

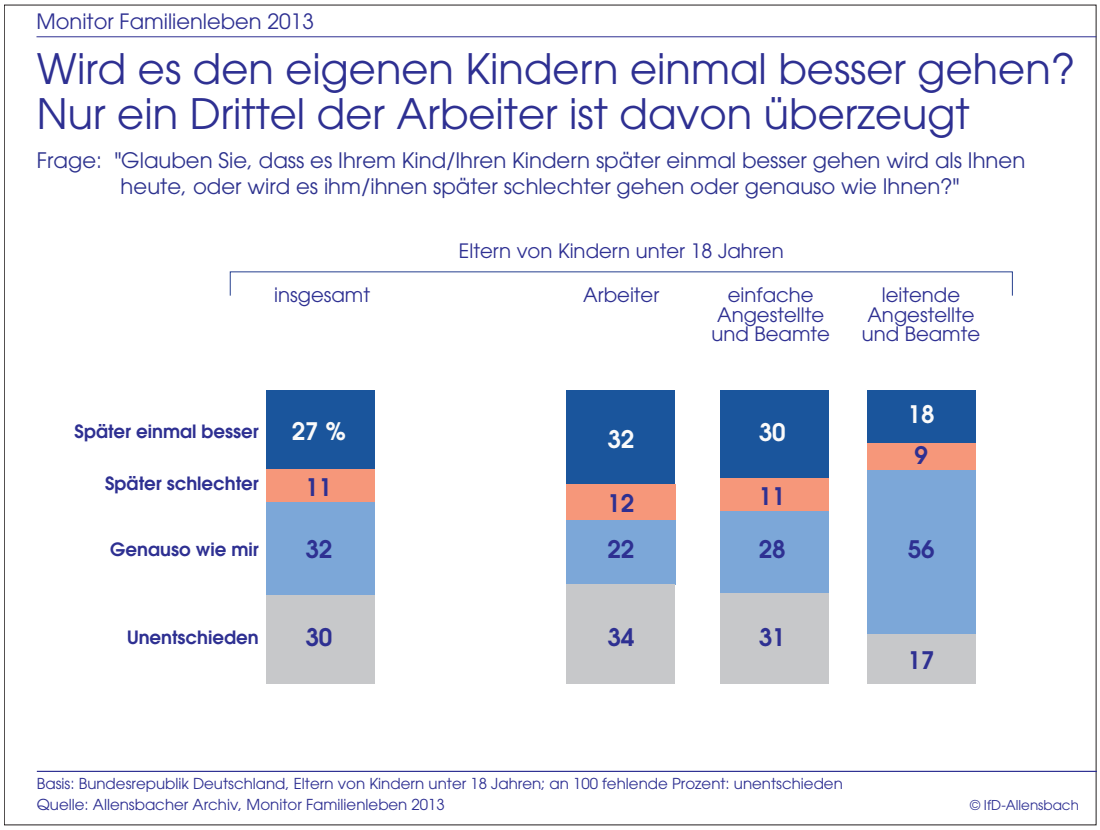


Auch von den einfachen Angestellten und Beamten der Mittelschicht wären noch 44 Prozent an einem Aufstieg und besseren Lebensbedingungen für ihre Kinder interes-

siert, von den leitenden Angestellten und Beamten 19 Prozent. Besonders groß sind die Aufstiegshoffnungen der Eltern mit Migrationshintergrund: Von ihnen wünschen sich insgesamt 57 Prozent ein besseres Leben für ihre Kinder, von den Zuwanderern in der einfachen Schicht sogar über 80 Prozent.

Allerdings sind nur 32 Prozent der Arbeiter sind davon überzeugt, dass es ihren Kindern später einmal besser gehen wird als ihnen selbst. 22 Prozent erwarten für die Kinder eine ähnliche Lage, 12 Prozent sogar eine schlechtere. Von jenen 60 Prozent der Arbeiter, die eine bessere Zukunft für ihre Kinder erhoffen, ist gerade jeder zweite zuversichtlich. Nicht wesentlich anders sehen die Erwartungen der einfachen Angestellten und Beamten aus (Schaubild 18).

Schaubild 18



Eltern, die am Gelingen des erhofften sozialen oder Bildungsaufstiegs ihrer Kinder zweifeln, trauen ihren Kindern in der Regel zwar genug Intelligenz und Leistungsbe-

reitschaft für einen solchen Aufstieg zu. Aber viele fürchten eine geringe soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft, dass ihre Kinder also nicht genug Chancen für einen Aufstieg erhalten. Solche Befürchtungen beschränken sich nicht nur auf die Mütter und Väter in der einfachen Schicht; 44 Prozent der Gesamtbevölkerung beurteilen die Aufstiegschancen für ein Arbeiterkind als weniger gut (36 Prozent) oder gar nicht gut (7 Prozent, Anhangschaubild 1).

Als Mittel, um Nachteile möglichst zu kompensieren, gilt für die Bevölkerung an erster Stelle eine fundierte Bildung. Auf die Frage, was alles besonders wichtig ist, damit Kinder gute Chancen haben, nennt fast die gesamte Bevölkerung eine gute Schulbildung (96 Prozent). Rang zwei belegt die individuelle Förderung von Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen (80 Prozent).

Auf der Liste der häufigsten Angaben folgt dann an dritter Stelle die Erwartung, dass Erzieher und Erzieherinnen in Betreuungseinrichtungen gut ausgebildet sein sollten (78 Prozent). Offensichtlich betrachten also drei Viertel der Bevölkerung nicht erst die eigentliche Schulbildung als entscheidende Weichenstellung für eine gute Entwicklung der Kinder, sondern bereits eine qualifizierte Förderung im Vorschul- und Betreuungsbereich, die sich an den individuellen Stärken und Schwächen der Kinder orientiert.

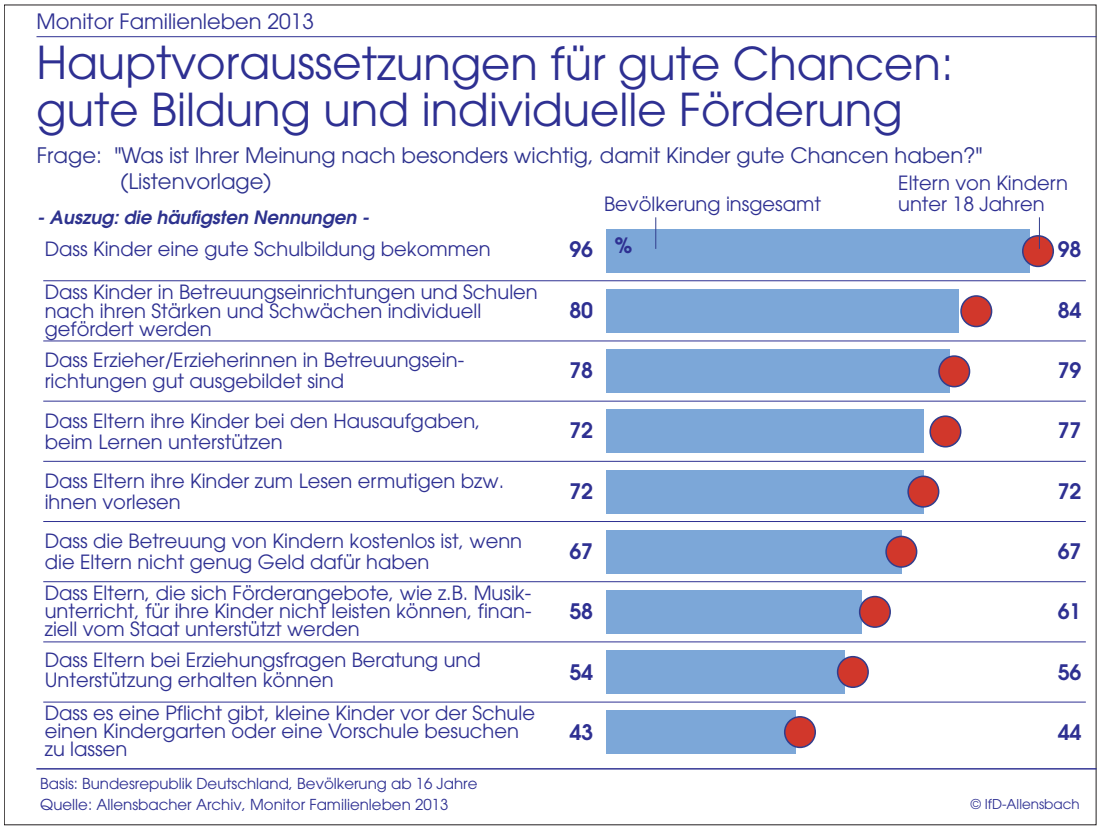
Eine Zweidrittelmehrheit verspricht sich von einer kostenlosen Betreuung für bedürftige Familien bessere Chancen (67 Prozent). Aber auch unabhängig von der Betreuung erwarten 58 Prozent mehr Chancengerechtigkeit durch eine Unterstützung von Kindern aus Familien, die sich diese Förderangebote nicht leisten können.

Noch weiter gehen die Vorstellungen von 43 Prozent der Bevölkerung: Vor dem Hintergrund des Ideals der frühen Förderung befürworten sie die Einführung eines verpflichtenden Kindergarten- oder Vorschuljahres. Als hilfreich gilt einer Bevölkerungsmehrheit zudem die Beratung und Unterstützung von Eltern bei Fragen zur Erziehung und Förderung ihrer Kinder (54 Prozent).

Allerdings sieht die Bevölkerung nicht allein Betreuungseinrichtungen, Schulen und den Staat in der Pflicht, wenn es um Aufstiegschancen von Kindern geht. Auch die

energische Mithilfe der Eltern gilt als unverzichtbar. So erwarten 72 Prozent bessere Chancen für die Kinder, wenn ihre Eltern sie zum Lesen ermutigen oder ihnen regelmäßig vorlesen. Ebenfalls 72 Prozent betrachten die Hilfe der Eltern bei den Hausaufgaben oder das Lernen mit den Kindern als wichtige Voraussetzung für deren Schulerfolg (Schaubild 19).

Schaubild 19



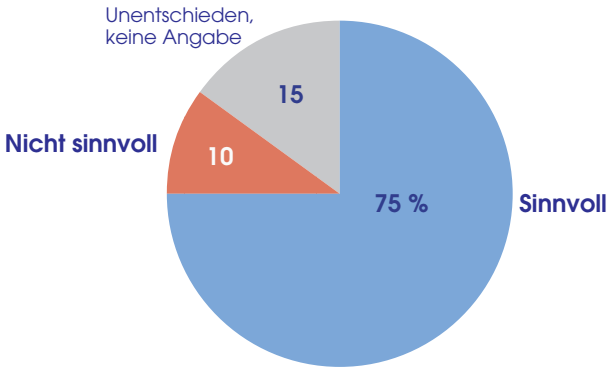
Die von der Bevölkerung besonders herausgehobene Förderung von Kindern aus bedürftigen Familien wird seit 2011 durch das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung verbessert. Das Paket enthält Leistungen für Schulbedarf, Essen in der Schule, Klassenausflüge und für den Besuch von Sportvereinen oder Musikschulen. Bei der aktuellen Monitor-Umfrage bewertet eine große Bevölkerungsmehrheit von 75 Prozent dieses Paket als sinnvoll. Nur 10 Prozent finden es nicht sinnvoll, 15 Prozent bleiben unentschieden (Schaubild 20).

Schaubild 20

Monitor Familienleben 2013

Drei von vier Deutschen finden das Bildungspaket sinnvoll

Frage: "Zum Bildungs- und Teilhabepaket, das vor knapp zwei Jahren beschlossen worden ist. Dadurch erhalten Kinder aus Hartz IV-Familien und anderen bedürftigen Familien unter anderem Unterstützung für Schulmaterial, Essen in der Schule oder Kita, Klassenausflüge sowie für Sportvereine oder Musikunterricht. Nach allem, was Sie wissen oder gehört haben: Halten Sie das Bildungspaket alles in allem für sinnvoll oder nicht sinnvoll?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach

Damit hat sich das Urteil der Bevölkerung seit dem Juli 2011 kaum verändert. Damals stuften 73 Prozent das Paket als sinnvoll ein. Die breite Zustimmung der Bevölkerung blieb also von den zwischenzeitlichen Diskussionen über das Bildungspaket unberührt.

Mehr Kinderwünsche, weniger Voraussetzungen für Kinder

Seit der ersten Monitor-Untersuchung im Jahr 2008 nahmen die Kinderwünsche in Deutschland deutlich zu: Von den Eltern unter 50 Jahren hegten damals erst 21 Prozent den Wunsch nach weiteren Kindern. Heute geben 26 Prozent diesen Wunsch zu Protokoll.

Unter den gleichaltrigen Kinderlosen vergrößerte sich der Kreis von Männern und Frauen mit Kinderwunsch im gleichen Zeitraum etwa doppelt so stark, von 73 auf 83 Prozent. Hier wuchs insbesondere die Teilgruppe der Personen mit bestimmtem Kinderwunsch, von 43 auf 49 Prozent (Schaubild 21).

Schaubild 21

Monitor Familienleben 2013

Entwicklung der Kinderwünsche

Frage: "Möchten Sie weitere/einmal Kinder haben, oder möchten Sie keine Kinder (mehr)?"

Eltern unter 50 Jahren

	2008 %		2013 %	
Möchte bestimmt weitere Kinder	9	21	8	26
Vielleicht	12		18	
Möchte keine Kinder mehr	76		74	
Keine Angabe	3		x	
	100		*100*	

Kinderlose unter 50 Jahren

	2008 %		2013 %	
Möchte bestimmt Kinder	43	73	49	83
Vielleicht	30		34	
Möchte keine Kinder	20		17	
Keine Angabe	7		x	
	100		*100*	

x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung unter 50 Jahren
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2008 und 2013

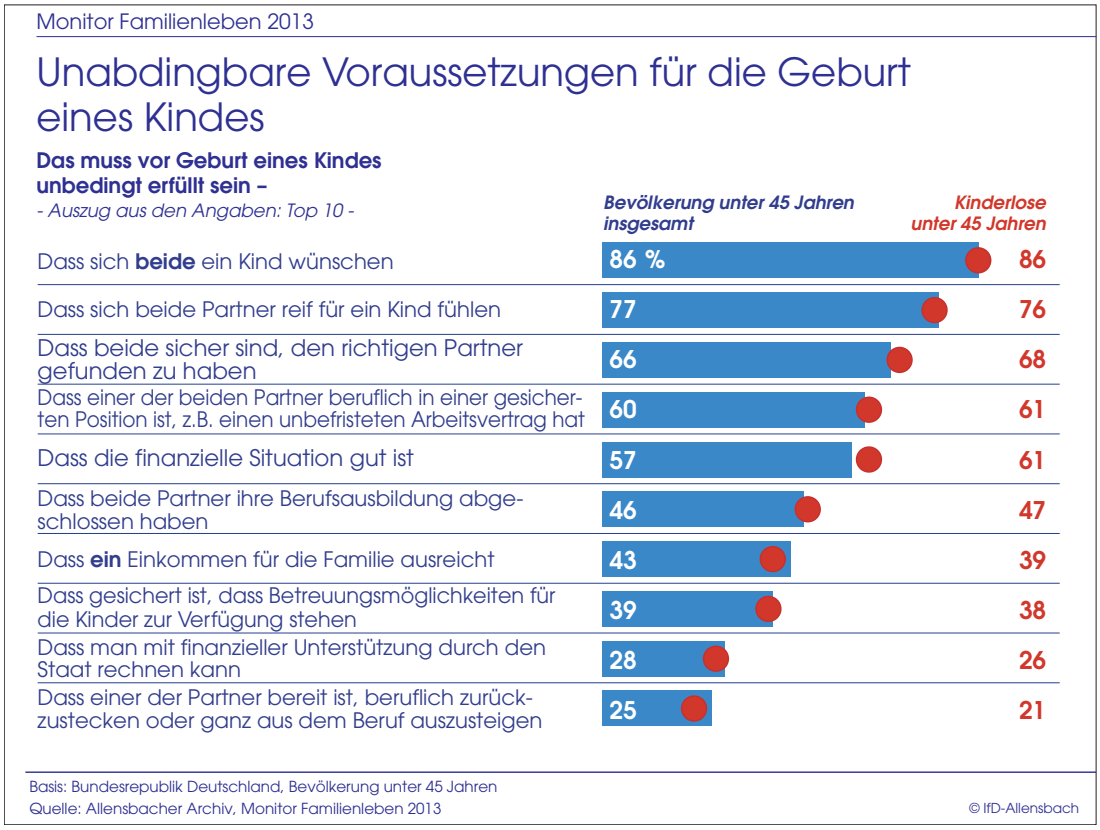
© IfD-Allensbach

Nach den Vorstellungen der Einzelnen sollte vor der Geburt eines Kindes gleich eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Hier zeigt die demoskopische Frage meist große Erwartungen an die Partnerschaft und die materielle Lage angehender Eltern. Am wichtigsten sind dabei nach Meinung der Bevölkerung unter 45 Jahren die persönlichen Voraussetzungen: dass beide Partner sich ein Kind wünschen (86 Prozent), beide sich reif für ein Kind fühlen (77 Prozent) und beide sicher sind, den richtigen Partner für eine so lange dauernde Aufgabe wie die Erziehung eines Kindes gefunden zu haben (66 Prozent).

An zweiter Stelle stehen für die jüngere Bevölkerung dann die materiellen Gesichtspunkte: dass zumindest einer der Partner beruflich in einer gesicherten Position ist (60 Prozent), dass die finanzielle Situation gut ist (57 Prozent), dass beide ihre Berufsaubildung abgeschlossen haben (46 Prozent) und dass – bei einem Berufsausstieg der Mutter oder des Vaters – ein Einkommen für die Familie ausreicht (43 Prozent).

Ein nennenswerter Teil der Bevölkerung hat aber auch die Familienleistungen des Staates mit im Sinn, wenn es um die Voraussetzungen für Geburten geht: 39 Prozent halten das Vorhandensein von Betreuungsmöglichkeiten für das Kind für eine unerlässliche Voraussetzung, 28 Prozent die finanzielle Unterstützung der Familie durch den Staat (Schaubild 22).

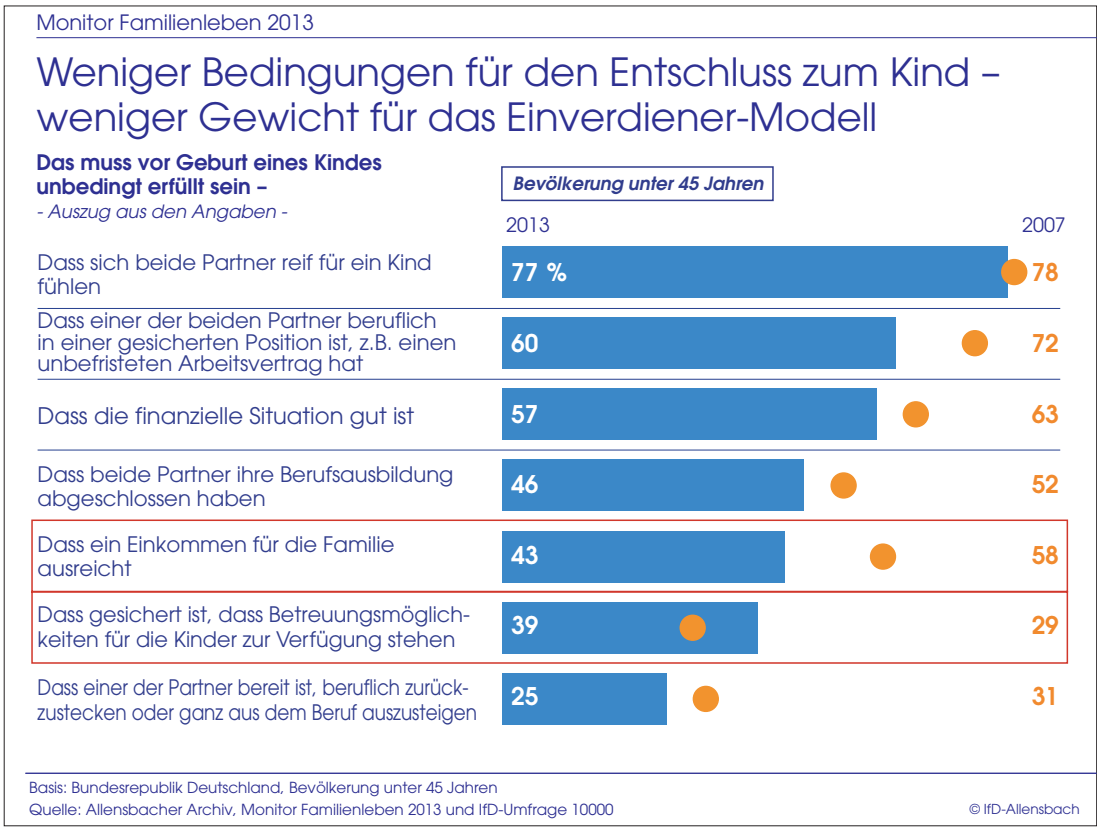
Schaubild 21



Gegenüber dem Jahr 2007, in dem die wahrgenommenen Voraussetzungen für Geburten zum ersten Mal in der hier dargestellten Weise ermittelt wurden, zeigen sich beträchtliche Veränderungen. Unverändert blieben zwar die persönlichen Erwartungen an die Partner, etwa dass sie sich reif für Kinder fühlen (2007: 78 Prozent, 2013: 77 Prozent). Deutlich seltener wird die Geburt von Kindern jedoch von der finanziellen und beruflichen Lage der angehenden Eltern abhängig gemacht. Insbesondere die Vorstellung vom Übergang zur Einverdiener-Partnerschaft nach der Geburt eines Kindes findet sich weniger oft: Während 2007, unmittelbar nach Einführung des Elterngelds, noch 58 Prozent meinten, bei der Geburt eines Kindes müsse das Einkommen eines Partners zumindest zeitweilig für die gesamte Familie ausreichen, teilen jetzt nur noch 43 Prozent diese Erwartung. Deutlich häufiger gilt dagegen als unabdingbare Voraussetzung, dass Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder zur Verfügung stehen sollten. Von 29 auf 39 Prozent der jüngeren Bevölkerung wuchs die

Teilgruppe derer, die eine Geburt auch von den Betreuungsmöglichkeiten abhängig machen würden (Schaubild 23). Für die jüngeren Kinderlosen deutete sich diese Einstellungsentwicklung schon etwas früher an als für die übrige Bevölkerung (Anhangschaubild 2).

Schaubild 23



Als Voraussetzung für die Geburt eines Kindes hat die Sicherheit der finanziellen Familienunterstützung für 28 Prozent der jüngeren Bevölkerung Priorität. Weitere 51 Prozent erklären, dass die staatliche Familienförderung bei der Geburt eines Kindes „möglichst auch noch“ verfügbar sein sollte (51 Prozent). Nur 21 Prozent der Bevölkerung unter 45 Jahren finden die staatliche Familienförderung für die Geburt von Kindern weniger wichtig.

Große Bedeutung sprechen der Familienförderung insbesondere jüngere Eltern mit kleinen Einkommen zu: Sie haben am ehesten die staatliche Unterstützung mit im

Auge, wenn es um die Frage geht, was vor der Geburt eines weiteren Kindes unbedingt erfüllt sein sollte (Anhangschaubild 3).

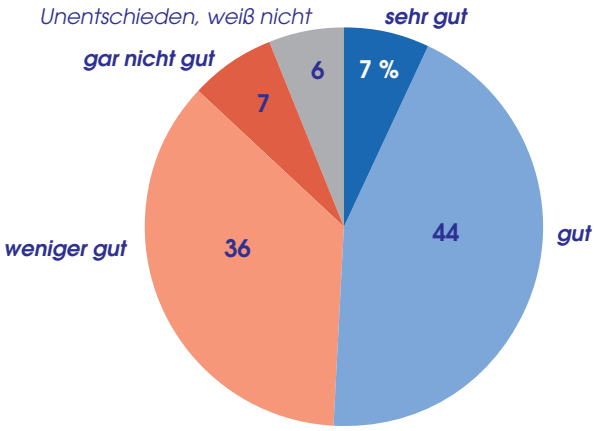
Anhang

Anhangschaubild 1

Monitor Familienleben 2013

Einschätzung der Aufstiegschancen in Deutschland

Frage: "Was meinen Sie: Wie sehen die Aufstiegschancen in Deutschland aus, ich meine, wenn beispielsweise ein Arbeiterkind aufsteigen will? Würden Sie sagen, die Aufstiegschancen sind bei entsprechendem Einsatz…"



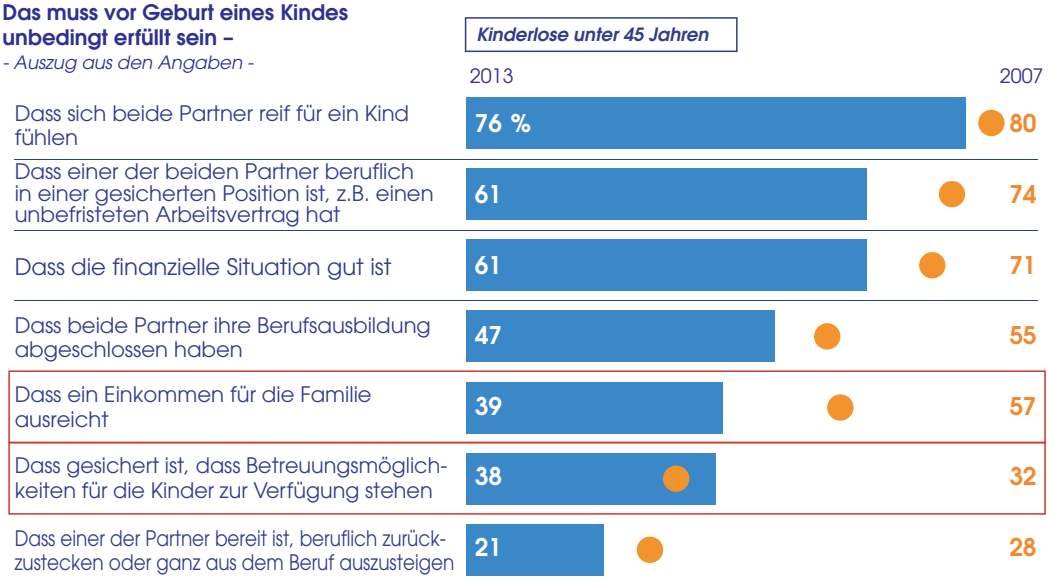
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach

Monitor Familienleben 2013

Bedingungen für den Entschluss zum Kind aus der Sicht der Kinderlosen

Das muss vor Geburt eines Kindes unbedingt erfüllt sein –
- Auszug aus den Angaben -



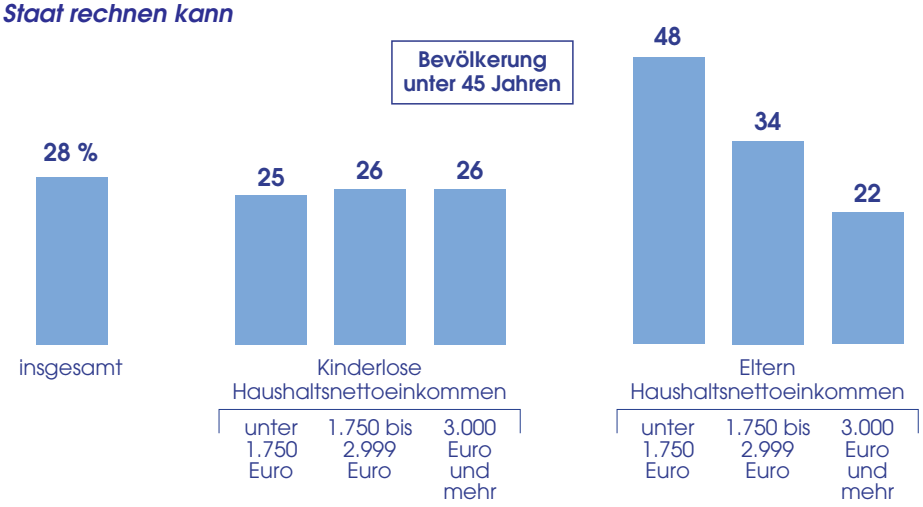
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Kinderlose unter 45 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013 und IfD-Umfrage 10000

© IfD-Allensbach

Monitor Familienleben 2013

Staatliche Familienförderung: besonders bei geringverdienenden Eltern bei Überlegungen zu weiteren Kindern mit im Blick

Unabdingbare Voraussetzung vor Geburt eines Kindes: Dass man mit finanzieller Unterstützung durch den Staat rechnen kann



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung unter 45 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

© IfD-Allensbach